

and
einem
erletzt.

l in der
m ist am
Bewohner
das Haus
Rettungs-
z ist ein
rden. Wie
r.
erin über
die Ret-
ettungs-
aufge-
aus. Den
erwehr-
ung ber-
em Ein-
schstuhl
das ge-
es nicht

immer-
eipräsi-
wohne-
beigene-
ersten
en auf
krimi-
undur-
kam,
n den
te ein



Solidarität mit den Menschen im Nahen Osten zeigten fast 200 Teilnehmer bei der Kundgebung eines breiten Bündnisses der Stadt Ostfildern im Scharnhäuser Park.

Foto: Hans Ruzel

Starkes Zeichen für alle Opfer der Kriege

Ein breites Bündnis in Ostfildern zeigte bei einer Solidaritätskundgebung im Scharnhäuser Park Haltung gegen Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft. Vertreter der Kirchen machen sich für einen Dialog der Religionen stark.

Von Elisabeth Maier

Gegen Rassismus und Antisemitismus setzte die Stadt Ostfildern mit einem Bündnis aus Parteien, Kirchen, Vereinen und Organisationen am Samstag vor dem Stadthaus im Scharnhäuser Park ein starkes Zeichen. Fast 200 Menschen kamen zur Kundgebung. Viele von ihnen trugen Israel-Flaggen, doch gedachten sie allen Opfern des Krieges – in Israel ebenso wie im Gaza-Streifen. Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel sind dort und im Gaza-Streifen Tausende Menschen getötet worden.

„Gerade jetzt ist es für unsere Stadt wichtig, ein gesellschaftliches Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus zu setzen“, sagte Ludger Eltrop. Als Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Ostfildern bringt er Projekte mit auf den Weg, die Integration von Menschen aus anderen Kulturen ermöglichen. Er moderierte die Kundgebung, die der Gitarrist und Sänger Yurij Guseev mit jüdischer Musik umrahmte.

Den „Hassparolen im Netz“ möchte der evangelische Theologe Bernd Schönhaar mit Empathie und mit offenen Gesprächen begegnen. Bei der Solidaritätskundgebung begrüßten die Worte des Pfarrers der Kirchengemeinde Nellingen, Parksiedlung und Scharnhäuser Park. Er erzählte von einem jüdischen Studenten, der sich heute nicht mehr traue, „auf dem Weg in die Synagoge

die Kippa zu tragen.“ Dass ein Mensch wegen seiner religiösen Kopfbedeckung auch heute wieder in Deutschland angefeindet wird, erschüttert den Theologen. Nie wieder dürfe sich Antisemitismus in der Gesellschaft breit machen. Schönhaar appellierte an die Verantwortung der Deutschen. Er unterrichtet in der Oberstufe Religion und setzt da auf den Dialog mit seinen Schülern. Er wünscht sich, dass sich Jungen und Mädchen unterschiedlicher Konfessionen über ihren Glauben austauschen. Es gehe darum, einander zu verstehen und zu respektieren. Dass Solidarität mit Israel etwa Kritik an der Siedlungspolitik des Landes nicht ausschließt, steht für Schönhaar außer Frage: „Viele Israelis sehen die Politik kritisch.“

Wie sehr die Menschen in Israel noch heute unter dem Trauma des Holocausts leiden, weiß der Scharnhäuser

Pfarrer Markus Hägele. Der evangelische Theologe hat selbst in Jerusalem gelebt, kennt viele Menschen in dem Land. Seit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 hätten die Juden da nach Jahrhunderten der Vertreibung ihre Heimat – „jetzt müssen sie wieder um die Existenz bangen.“

Was es bedeutet, vor dem Krieg zu fliehen und sich eine neue Existenz aufbauen zu müssen, schilderte eindringlich Roman Ulianenکو. Er ist mit seiner Familie vor den Angriffen in der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. „Hier wollen wir anderen Menschen helfen und unsere jüdischen Traditionen

pflügen.“ Im Bürgertreff im Scharnhäuser Park feiern Menschen gemeinsam den Sabbat, den Ruhetag im Judentum, zu dem Rituale gehören. Mit Menschen aus anderen Religionen ins Gespräch zu kommen, das ist Roman Ulianenکو jetzt wichtig, da sich die Risse in der Gesellschaft verschärften.

Zeichen der Hoffnung sieht Bärbel Illi von der deutsch-israelischen Gesellschaft (DIG) in Stuttgart im Miteinander von Juden und Arabern auch in Israel. In der Gesellschaft engagieren sich „Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit, um in Solidarität mit dem Staat Israel und mit seiner Bevölkerung zu wirken“, wie auf der Homepage zu lesen ist. Gerade in Zeiten des Krieges kämpft die ehemalige DIG-Vorsitzende Illi, die in Ruit lebt, gegen antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft. Seit dem 7. Oktober sieht sie da „eine beispiellose Mobilisierung“ auch in der deutschen Gesellschaft. Dem will die DIG entgegentreten.

EINBINDUNG IN STÄDTISCHE STRUKTUREN

Vielfalt In Ostfildern leben aktuell Menschen aus 124 Nationen. Die Stadt tut viel, um diese Vielfalt in der Gesellschaft abzubilden und um die Menschen zu integrieren. Das gilt für Geflüchtete ebenso wie für Menschen, die zum Beispiel aus beruflichen Gründen in die Stadt mit 40 000 Einwohnern kommen.

Integration Um Migranten den Zugang zur Stadtgesellschaft zu erleichtern, kümmert sich Daniel Lopes um sie. Der Integrationsbeauftragte will Menschen aus anderen Kulturen „auf allen Ebenen“ in städtische Strukturen einbinden. Die SPD-Fraktion im Gemeinderat fordert seit Jahren vergeblich einen Integrationsrat.

Gegen Rassismus Der Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus ist Oberbürgermeister Christof Bolay ein großes Anliegen. Deshalb nimmt die Stadt an den internationalen Wochen gegen Rassismus teil. Mit Veranstaltungen werben die Akteure für Toleranz und für ein friedliches Miteinander im Alltag. eli

An die Novemberpogrome des Jahres 1938 erinnerte Ostfilderns Oberbürgermeister Christof Bolay. Damals zerstörten die Nationalsozialisten in ganz Deutschland jüdisches Leben. Dass der Antisemitismus gerade jetzt nach dem Kriegsbeginn wieder aufkeimt, zeigte auch der Diebstahl der Israel-Flagge vor dem Stadthaus im Scharnhäuser Park. Gerade jetzt gehe es darum, „Haltung zu zeigen“, bekräftigte der OB in seiner Rede. Nach dem Diebstahl der Flagge ließ die Stadt sofort eine neue aufhängen.

Bolay appellierte an die Menschen in der Stadt, rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft auf allen Ebenen entschlossen entgegenzutreten. Denn Angriffe auf Menschenwürde und Demokratie trafen nicht allein die Juden, sondern alle Menschen. In der Stadtgesellschaft müssten alle Menschen friedlich leben, ihre Meinung äußern und Traditionen pflegen dürfen – christliche und jüdische Mitbürger ebenso wie muslimische.